

Gelsenkirchener Zeitung.

Bezugspreis durch Posten zugestellt oder durch die Post bezogen für die Woche vom 5. bis 11. November 80 Milliarden Mk. — Einzelnummer 15 Milliarden Mk. Erscheint täglich, außer an Sonn- und Festtagen.

Gratis-Zeilagen:

„Gelsenkirchener Sonntags-Zeitung“, „Am Herdfeuer“ und „Sport-Extrablatt“
Telegramm-Adresse: Gelsenkirchener Zeitung. — Postfach-Konto Offen Nr. 131 46.
Geschäftsstelle: Gelsenkirchen, Abstraße 37, geöffnet von morgens 8—1 Uhr, 2—6 Uhr abends.
Fernsprech-Anschluss: Amt Gelsenkirchen Nr. 124 und 125.

Verlag und Rotationsdruck von G. H. Rüstmann in Gelsenkirchen.



Anzeigenpreis für 1 mm Raumhöhe (27 mm breit) vom 6. November ab:
Grundpreise: Tagesanzeigen 50, kleine Anzeigen nicht geschäftlicher Art und Familienanzeigen 30, auswärtige Anzeigen 60, Reklamen (80 mm breit) 250. Schließjahr 130 Millionen.
Grundpreis mal Schließjahr ergibt den Anzeigenpreis.

Beim Anzeigenpreis ist die Abrechnung der Anzeigenpreise erfolgt nach den laufenden Werten nicht. Bei nicht sofortiger Zahlung der Anzeigen wird für das Lebensmalige Vergehen der qualifizierten Rechnung eine Gebühr von 5 Proz. des Rechnungsbetrages erhoben.
Für Aufnahmen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für Anzeigen mittels Fernsprecher wird keine Gebühr und für Druckfehler keine Abrechnung erhoben. Einzelne Anzeigen werden nach der Rechnung abgerechnet. Im Falle von Unklarheiten, Streit, Wucherung, Verweigerung, Unterbrechung, Unterbrechungsbetrag hat der Besteller seinen Anspruch auf Erstattung der Zeitung auf Abrechnung des Bezugspreises.

Nr. 252

Donnerstag, den 8. November 1923

59. Jahrgang.

Die deutsche Geldmarktlage.

Frivoler Volksbetrug der Spekulation. — Die Zauderpolitik der Reichsbank. — Eine neue Goldanleihe. — Zwangskurs der Papiermark. — Ihr Verhältnis zur Rentenmark. — Stilllegung der Notenpresse.

Der Spekulationsstand mit der Goldanleihe.

Einer unserer wirtschaftspolitischen Mitarbeiter schreibt uns:

Was sich dieser Tage an der Börse am Markt der Goldanleihe ereignet, ist ein unerhörter Skandal, ein Frevel an der Volksgemeinschaft. Diese Goldanleihe wurde zu dem ausgesprochenen Zweck ausgeben, den weiteren Schritten der Bevölkerung ein wertvolles Zahlungsmittel in die Hand zu geben. Insbesondere sollte auf dem Wege von Lohn- und Gehaltszahlungen diese Goldanleihe in größeren Umlauf gesetzt werden. Was ist aber dabei herausgekommen? Die Dinge stehen heute so, daß fast die gesamten 500 Millionen Goldmark an Goldanleihe in die Taschen der Spekulationen geflossen sind. Und wie kam das? Das kam durch eine geradezu unglaubliche Zauderpolitik der Reichsbank, die es aus den immer wieder vorgeschlagenen, ledigen Gründen nicht fertig brachte, die nach der Freigabe der Goldanleihe zum Kauf benötigten Stücke in den Verkehr zu bringen. Die Spekulation hatte es bald heraus, daß mit der Ausgabe dieser Stücke ein Riesengeschäft zu machen war. Man brauchte nur mit Papiermark sich den Anspruch auf die erst später zu liefernden Goldanleihen zu erwerben. Man konnte darauf wetten, daß in der Zwischenzeit Riesengewinne einzuheimsen waren. Denn die Stücke brauchten ja nur so dem Papiermarkkurs erworben zu werden, der an dem Tage der Geldentwertung den Anspruch verzeichnet wurde. Inzwischen mußte aber tollwütig eine rasche Steigerung des Kurses der Goldanleihe eintreten.

Es muß mit diesen Worten ausgeführt werden, daß die Masse der Bevölkerung um ihren Anspruch auf die Goldanleihe gaff betrogen wurde. Was es schon ein unheimlicher Zustand, daß die Banken, trotzdem von amtlicher Seite die Versicherung erging, daß die Goldanleihe „über die Ladentüre“ hinweg verkauft werden konnte, als Effekten mit allem Drum und Dran an Börsen, Courtagen und Provisionen, also recht erhebliche Gebühren und Kosten zu verkaufen. Und das alles, um die Goldanleihe zu verkaufen, so haben sich die Verhältnisse geradezu grotesk gestaltet. Wenn der eine oder andere glückliche Besitzer einer Goldanleihe irgendwo seine Einleihe damit begeben wollte, dann mußte er, weil ja diese Anleihe kein gesetzliches Zahlungsmittel ist, wiederum Prozesse in Anspruch nehmen. Und das führte bei denjenigen, die die Dinge nicht durchschauten, schließlich zu einer Verweigerung der Annahme an Goldanleihe, die dann von der anderen Seite von den Spekulationen und Speichern förmlich aus den Händen gerissen wurde.

Die gegenwärtige Geldkrise ist durch die Spekulationen an Goldanleihen auf dem Markt der Goldanleihe hervorgerufen worden. Es ist ein unerhörter Zustand, daß das ganze Volk für seine täglichen Bedürfnisse die zum letzten Stadium der Geldentwertung gekommenen Zahlungsmittel, nämlich die Papiermark, in Anspruch nehmen muß, während die Spekulationen auf dem Markt der Goldanleihe, die die Dinge nicht durchschauten, schließlich zu einer Verweigerung der Annahme an Goldanleihe, die dann von der anderen Seite von den Spekulationen und Speichern förmlich aus den Händen gerissen wurde.

Es muß jetzt mit allen verfügbaren Mitteln versucht werden, diesem Treiben ein Ende zu machen. Das ist jetzt vorrangige Aufgabe für die Reichsbank, die mehr als eine vorübergehende Maßnahme ist, ist nicht anzunehmen. Es muß die Spekulation vielmehr von der Verursachung der Geldkrise getrennt werden, und das ist nur möglich, wenn die Reichsbank nunmehr mit größter Behutsamkeit alle bisher gekauften Goldanleihen auf den Markt wirft, damit die Spekulationen zur Abkühlung ihrer Engagements in Papiermark veranlaßt, daß aber diese Papiermarkbeträge dann eingezogen werden, und daß auf diese Weise ein Geldmangel herbeigeführt wird, der die Spekulation zur Lösung ihrer Engagements veranlassen muß und dann aber auch wieder Rückstellungen auf den Kurs der Goldanleihe und der Rentenmark herbeiführt. Aber noch ein zweites wird notwendig sein: Die Verweigerung der Papiermark, obwohl sie gesetzliches Zahlungsmittel ist, geschieht in immer größerer Höhe nicht nur im Großhandel, sondern auch schon im kleinen Verkehr. Hier muß zu dem äußersten Mittel und zwar zu dem Zwangskurs für die Papiermark geschritten werden. Wenn danach verfahren würde, daß die Goldanleihe zu einem bestimmten Termin, zu einem festgesetzten Papiermarkkurs nur zurückzahlbar wäre, dann hätte für die Spekulation die Goldanleihe ihren Reiz verloren. Gewiß sind das anormale Mittel, aber nachdem eine so anormale Lage, wie wir sie jetzt vor uns sehen, alles bisher Erlebte noch weit übertrifft und durch eine gewissenlose Kunststreicherei hervorgerufen worden ist, sind außerordentliche abnorme Mittel einfach ein Gebot der Selbstverteidigung.

Neue Finanzmaßnahmen.

Devisenabgabe. — Noch eine Goldanleihe
Zwangsverkauf für die Papiermark.
Einstellung der Notenpresse.

W. Berlin, 7. Nov. (Telegr.) Um zur Behebung der äußeren Not des Volkes die notwendigen Devisen für die Einfuhr der unentbehrlichen Lebensbedürfnisse, insbesondere für Getreide und Fett zur Verfügung zu stellen, hat sich die Reichsbank trotz der schwersten Bedenken entschlossen, die Devisenabgabe auf der Grundlage der Brotverformungsabgabe sofort noch einmal zu erheben. Als Gegenleistung wird eine neue Goldanleihe gewährt werden.

Weitere Devisen sollen durch die Ausfuhr einer befristeten Menge an Zucker beschafft werden. Die Not des Volkes zwingt zu diesem Schritt, um durch die Ausfuhr die Devisen zur Beschaffung von Getreide

und Fett zu erlangen. Die für den Verbrauch an Mundvorräten unerlässlichen Mengen bleiben im Inlande. Beide Maßnahmen werden eine wesentliche Entlastung des Devisenmarktes herbeiführen.

Zur vorläufigen Bekämpfung des Kurses der Papiermark und zur dempftigsten Herstellung eines festen Verhältnisses der Papiermark zu einem wertvollen Zahlungsmittel hat die Reichsbank in Erwägung ihrer bisherigen Entschlüsse folgendes beschlossen:

Alle Vorbehalten sind getroffen worden, damit die Rentenbank mit der Ausgabe der Rentenmark am 15. November beginnen kann. Von diesem Zeitpunkt an wird der Bedarf des Reiches nicht mehr durch Neuhöpfung von Papiermark gedeckt werden. Die Papiermarkinflation wird damit ihr Ende erreichen. Die dann feststehende Menge an Papiermark soll gegen Goldanleihe des Reiches eingetauscht werden können. Zu diesem Zweck wird von einer bestimmten Stelle eine mit Sicherheiten ausgestattete Goldanleihe des Reiches zur Verfügung gestellt werden.

Der Kurs, zu dem die Papiermark zunächst eingetauscht werden soll, wird festgesetzt werden, unmittelbar nachdem die Rentenbank in Kraft tritt. Die in der Rentenbank-Vereinbarung vorgesehene Möglichkeit der Einführung von Reichsschatzanweisungen mit Rentenmark bleibt daneben bestehen. Damit bleibt zugleich die Möglichkeit offen, die Papiermark in Rentenmark einzutauschen, sobald die dafür erforderlichen Mengen an Rentenbankscheinen hergestellt sind.

Die Mark an der Kette.

Von den wirtschaftlichen Notmaßnahmen, die unter dem Eindruck eines Billionenkurses für den Dollar am letzten Tage der verflochtenen Woche auf die Wirtschaft niederschlugen, ist diejenige der Schaffung eines festen Umrechnungsverhältnisses zwischen der Papiermark und den wertvollen Zahlungsmitteln die bedeutendste. Nach allem, was wir mit der Goldanleihe erlebt haben und bei dem qualvollen Wirrwarr, in das wir jetzt geraten sind, ist dieser Ausweg der zur Zeit einzig mögliche.

Die rasche, geradezu plötzliche Umstellung von der Papiermark auf die wertvollen Zahlungsmittel, die zum einem förmlichen Wettrennen aus der Welt führte, ist die Hauptursache für den jetzigen Zustand. Wenn man die Geschichte der Bank seit einigen Wochen beobachtet, so ist man im Grunde nichts anderes, als ein Strohweiser, aber mit größter Wucht geführtes „Hindurchziehen der Papiermark auf den Markt durch alle möglichen bank- und börsenmäßigen Etappen“. Was schließlich mit der Goldanleihe geschah, war eine geradezu frivole Spekulation, die die Kette der Mark, wie sie in diesem Umfange bisher noch nicht erlebt worden ist. Diese Spekulation wurde geradezu gefördert durch die unglaubliche Kreditpolitik der Reichsbank gegenüber diesen Geschäften, gegen die der Stand der Bank und der Rentenbank während der Kubatation noch ein Hindernis war. So kam es, daß die Goldanleihe die Zahlungsmittel hätte sein sollen, zu einem Spekulationsobjekt ersten Ranges gemacht wurde.

Um wenigstens die teilweise nicht wieder zu reparierenden Schäden auszumachen, hat man sich entschlossen, die Mark an die Kette zu legen. Das soll geschehen durch die Aufstellung eines festen Umrechnungsverhältnisses zwischen Papiermark und einem wertvollen Zahlungsmittel. Es ist nicht zu verkennen, daß ein solcher Schritt sehr erhebliche Gefahren in sich birgt. Sie werden erhöht: dadurch, daß die mit 500 Millionen Goldmark beehrte Goldanleihe um weitere 300 Goldmarken vergrößert wird, die allerdings nur als Reichsschatzanleihe oder in anderen Stücken zur Deckung auszubehenden wertvollen Zahlungsmitteln dienen sollen. Hier ist aber der Anfang einer Inflation der Goldanleihe gemacht. Auch diese Maßnahme kann nur als ein Verzweiflungsschritt angesehen werden, der, sobald wieder ein geringfügiger Rückgang auf dem Geldmarkt eintritt, ohne Ansehen der Sache rückgängig gemacht werden muß. Man muß sich darüber klar sein, daß durch eine solche Verneuerung der Goldanleihebeträge die Deckung für die Rentenmark entsprechend vermindert wird. Aus hier stehen wir gefährlichen Anfängen gegenüber, denen unbedingt gewehrt werden muß. Sonst haben wir eine Inflation der Rentenmark noch ehe sie ins Leben tritt. Und dann müßte der mit der Ausgabe der Rentenmark abgeleitete Notendruck auf Umwegen wieder aufleben, und wir würden mit der Rentenmark daselbe Schauspiel wie mit der Papiermark erleben, nur daß sich der Verneuerungsschritt in noch stürmischerem Tempo vollziehen würde, als wie das bei der Papiermark der Fall war.

Wenn jetzt eine Relation, ein Wertverhältnis zwischen Papiermark und wertvollen Zahlungsmitteln gemacht wird, so geschieht das dadurch, daß ein bestimmtes Quantum Papiermark gleichgestellt wird einer feststehenden in wertvollen Zahlungsmitteln. Damit ist allerdings erreicht, daß die Mark nicht mehr weiter läuft; denn für eine Goldmark wird man nicht mehr, aber auch nicht weniger an Papiermark bekommen, als dieses feststehende feststehende Wertverhältnis festsetzt. Damit wird die Spekulation an Goldanleihe ein Ende gemacht, da es sich nicht mehr lohnt, die Mark zu kaufen, da es sich nicht lohnt, die Mark zu verkaufen. Das ist ein Schritt, der die Mark an die Kette bindet. Es wird aber vor allem das Spekulationsobjekt mit der Goldanleihe aufhören, denn es hat dann keinen Sinn mehr, sie im Kauf

zu verschließen, sondern sie muß ihrem Zweck als Zahlungsmittel und Umlaufmittel zugeführt werden.

Woran wir Franken in unserer Wirtschaft ist die Flut von der Mark an Geld. Mit ein paar hundert Millionen Goldmark kann unter ganzer Papiergeldumlauf im In- und Ausland aufgefressen werden. Was das heißt, geht daraus hervor, daß auf Friedenseiten der Umlauf an Goldmark in die Milliarden ging. Schon mit den ausgegebenen Goldanleihen hätte es möglich sein müssen, den Zahlungsvorgang zu beleben. Aber das unglaubliche Schicksal hat die Mark und Staat in eine so unglückliche Lage gebracht. Wird durch ein festes Umrechnungsverhältnis zwischen Papiermark und wertvollen Zahlungsmitteln eine sichere Grundlage geschaffen, wird demgemäß vor allem die dringend nötige Umorganisation unserer Wirtschaft erfolgen können, dann wird sich bald herausstellen, daß die angegebenen wertvollen Zahlungsmittel dem tatsächlichen Bedarf vollständig genügen.

Die Frage einer rheinischen Notwährung.

ss. Berlin, 7. Nov. (Telegr.) Von den rheinisch-westfälischen Wirtschaftsstreikern, die eine rheinische Notwährung schaffen wollen, ist eine Kommission unter Führung des Geheimen Kommerzienrats Louis Hagen-Kölln nach Berlin abgegangen, um mit der Reichsregierung in Verhandlungen über die Schaffung von rheinischen Notgeld einzutreten. Die Kommission hatte bereits Besprechungen mit der Rheinlandkommission über diese Frage. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand erwiesen sich als notwendig, da infolge der ständigen Beschlagnahme an den Reichsbankhauptstellen, die sich neuerdings auch auf wertvolle Zahlungsmittel, z. B. Goldanleihe, erstreckten, eine ständige zunehmende Zahlungsmittelknappheit im besetzten Gebiet eintrat. Die Kommission ist beauftragt, ein wertvolles Zahlungsmittel im Rheinland zu schaffen, das so lange im Umlauf bleiben soll, bis die rheinische Notwährung eingeführt ist. Bei den bisherigen Verhandlungen mit der Reichsbank über diese Frage soll von französischer Seite die Teilnahme von etwa 30 Prozent gefordert worden sein. Bei den Berliner Verhandlungen bildet eine Günstigkeitsklärung der Hauptgegenstände, daß die rheinische Währung auch für das unbesetzte Deutschland gelten soll.

Die innerpolitische Krise.

ss. Berlin, 7. November 1923. (Telegr.) Die innerpolitische Krise ist zur Zeit noch völlig ungeklärt. Die Verhandlungen, die innerhalb der einzelnen Fraktionen geführt worden sind, haben eine entscheidende Wirkung noch nicht gefunden. Auch die Verhandlungen, die innerhalb der drei bürgerlichen Regierungsparteien geführt worden sind, haben einen Erfolg nicht gebracht.
Vom einen Teil der Deutschen Volkspartei besteht der Wunsch, daß die Regierung durch die Einbeziehung der Deutschnationalen erreicht werden möge. Die Demokraten lehnen dies grundsätzlich ab. Im Zentrum liegt die überwiegende Mehrheit dahin, daß zur Zeit ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen aus außen- und innenpolitischen Gründen nicht tragbar ist. Die Erörterungen über ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen haben übrigens praktische Bedeutung nicht, da die Deutschnationalen selbst ernsthaft an einen Eintritt in das Kabinett Stresemann gar nicht denken. In parlamentarischen Kreisen hält man es aber für wünschenswert, daß die bayerische Volkspartei in die Reichsregierung eintritt. Ob dies geschehen wird, bleibt noch abzuwarten.

Es ist anzunehmen, daß die gegenwärtige Regierung zunächst die Geschäfte des Reiches weiter führen wird und ihren endgültigen Entschluß von der Entscheidung der Parteien abhängig machen wird. Einweilen wird lebhaft auf die Reichstag nicht zusammenzutreten. Es ist noch fraglich, ob in der nächsten Woche der Zusammentritt des Reichstages erfolgen wird.

Badens Reichsteuer.

Die Reichsversammlung kein Spielball.
ss. Karlsruhe, 7. Nov. (Telegr.) Der badische Landtag hat heute das bisherige Präsidium mit dem Abgeordneten Dr. Baumgartner (Zentr.) an der Spitze wiedergewählt und darauf mit 55 Stimmen (einschließlich der Finanzminister Köhler (Zentr.) und neuer Staatspräsidenten) und dem Reichspräsidenten Dr. Brüning (Dem.) zu seinem Stellvertreter berufen.

Staatspräsident Köhler führte in seiner Antrittsrede u. a. aus: Wir haben seit der Verkündung des Reiches in diesen schweren Tagen. Die Reichsversammlung ist für uns kein Spielball. Wir haben aber das Recht, zu erwarten, daß die Regierung des Reiches mit harter Autorität und fester Kraft seinen Bestand schützt gegen Angriffe, wobei sie immer kommen, und wir verlangen, daß man endlich entschieden und ohne falsche Rücksichtnahme eingreift, um die große Wirtschaftskrise zu bannen, welche das Sein des deutschen Volkes bedroht. Wir erwarten ferner, daß die Länder in ihrer Eigenart und in ihren Traditionen im Rahmen des Reiches, aber auch in der Einheit, das Haus in Brand steht. Die Gefahr der Einigung ist groß. Das Banner an Rhein und Ruhr wird hochgehoben. Dort steht man mit dem Deutschland, um den Bestand des deutschen Vaterlandes. In ihren schwersten Stunden soll die Südwestmark sie brüderlich schützen. Darum mahnen auch wir zur Einheit, dem Vaterlande beizustehen. (Lebhafter Beifall.)

Die bayerische Volkspartei beteiligt sich nicht.

ss. München, 7. Nov. (Telegr.) Der Hauptausschuß der Landesparlamentarier der bayerischen Volkspartei hat heute mit einer einstimmigen Resolution beschlossen, die bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Kallmayer auf Grund der Gründe, daß die Reichsregierung Dr. Stresemann um eine Unterstützung durch die bayerische Volkspartei bei der Neubildung des Kabinetts bemüht, einen endgültigen Beschluß gefaßt, daß für die

bayerische Volkspartei eine Beteiligung am Kabinett Stresemann aus politischen und persönlichen Gründen nicht in Frage kommen kann.

Um den Sachverständigen-Ausschuß.

Hughes verlangt Auflösung.

ss. Paris, 7. Nov. (Telegr.) Er bekräftigt sich, daß Staatssekretär Hughes von Poincaré gewisse Aufklärungen verlangt hat, ehe er endgültige Stellung zu den Einschränkungen nehmen könne, die Poincaré der Tätigkeit der vorgeschlagenen Sachverständigenkonferenz auferlegen im Begriff ist. Wie man erklärt, wünscht Hughes vor allem zu wissen, was Poincaré unter „ausgeübter“ Zahlungsfähigkeit Deutschlands versteht und ob er die Unternehmung auf einige Monate oder auf einige Jahre ausgedehnt wissen will. Auch hinsichtlich des Vorgehens, die Rechte des Wiederherstellungs-ausschusses müßten gewahrt bleiben, soll Hughes Fragen gestellt haben. Er wollte ferner wissen, ob die Sachverständigen ihre Beschlüsse einstimmig fassen müssen und welches die wichtigsten Aufgaben Frankreichs im Hinblick auf die wirtschaftlichen Bedingungen und in welchem Zeitraum mit einer teilweisen Rümmung begonnen werden könne. Der amerikanische Staatssekretär soll, wie wir erfahren haben, auch eingehende Erklärungen über die Absichten Frankreichs hinsichtlich der immer noch nicht gelockerten Blockade gefordert haben. Seine Absicht soll dahin gehen, Einsicht in alle Einzelheiten des französisch-belgischen Zahlungsprogramms zu erlangen, um feststellen zu können, inwieweit Deutschlands Oberhoheit in wirtschaftlicher und verwaltungsmäßiger Hinsicht noch vorhanden sei und wann zu erwarten sei, daß das Ruhrgebiet als ein rein deutsches Gebiet betrachtet werden kann.

Vor einer umfangreichen Antwort Frankreichs.

ss. Paris, 7. Nov. (Telegr.) Entgegen anderen Blättermeldungen wird an magernder Stelle erklärt, daß die neuen Instruktionen noch nicht an den französischen Botschafter in Washington abgesandt sind. Es wird erklärt, daß die französische Antwort auf die von Amerika gestellten Fragen ziemlich umfangreich sein wird.

Am Quai d'Orsay wurden heute mittag den amerikanischen Journalisten Erklärungen abgegeben, wonach man gegen die Ausrichtung auf eine Verständigung zwischen Amerika und Frankreich grüßte worden sind.

Pariser Vorschläge nach London.

ss. Paris, 7. Nov. (Telegr.) Nach der „Chicago Tribune“ soll die französische Regierung seitens einer Mitteilung an die Downing-Street getätigt haben, daß französische Wirtschafts- und Finanzverhältnisse das Entwurfsprogramm für die vorgeschlagene Sachverständigenkommission/fort ausstellen würden. Die französische Regierung schlage vor, daß englischerseits die gleichen Studien ausgearbeitet würden. Die beiden Entwürfe sollten vor der Eröffnung der Sachverständigenkonferenz miteinander verglichen werden. Man sei allerdings auf Einwendungen in Paris gefaßt, da diese Note den belgischen Vorschlägen vorzuziehen würde, die der Reparationskommission bereits zur Prüfung vorzulegen, und da sie das Ansehen der deutschen Sachverständigen noch weiter hinauszuverschieben würden. Die Engländer, Belgier und Italiener seien sich einig gewesen darüber, daß die belgischen Pläne den Verhandlungen zugrunde gelegt werden sollten.

Der französische Standpunkt.

ss. Paris, 7. Nov. (Telegr.) In den Verhandlungen, welche die französische Regierung über die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses führt, schreibt „Le Petit Parisien“: Weil Poincaré die Gefahr einer zu allgemeinen Formel erkannt habe, habe er von der belgischen Regierung verlangt, den Text der vom Foren Office ausgearbeiteten, an zwei Stellen genauer zu bestimmen. Man habe diese Forderungen als einen Versuch hingestellt, die Arbeiten der Sachverständigen zu beschleunigen. Nichts ist falscher. Die französische Regierung habe niemals daran gedacht, einer Unterbrechung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands auch nur die geringsten Schwierigkeiten zu bereiten. Setzen seiner Politik wolle Frankreich einfach, daß der belgische Vertrag beachtet werde. Man habe also in unrichtiger Weise von zwei Forderungen gesprochen.

Trotz dieser etwas gemäßigten Erklärung weist das Blatt darauf hin, daß die Gesamtsumme der deutschen Verpflichtungen unberührt bleibe und die Prüfung der Zahlungsmittelverhältnisse Deutschlands auf zwei oder drei Jahre hin beschränkt solle. Das Blatt weist ferner darauf hin, daß die Reduzierung der Rubrikation von den Sachverständigen nicht in Frage gestellt werden dürfe, ebensowenig wie die von den französischen und der belgischen Behörden in Deutschland mit den deutschen Industriellen abgeschlossenen Verträge und die von ihnen getroffenen Maßnahmen. Diese Argumente seien in London und Washington vorgetragen worden. In beiden Fällen seien sie von Bemerkungen über die zu bringende Arbeit begleitet gewesen, welche die Sachverständigen leisten können, wenn sie eine Bilanz Deutschlands einricht. Das Rubrikationsverfahren der Finanzen der Industrie und des Handels ausarbeiten würden. Wenn diese Fragen würden, wobei die Kapitalien gelangt wären

1 Dollar = 628 425 000 000 Mark.

Tägliche Devisenkurse.			
7. November		6. November	
Holland	243,900 000 000	243,900 000 000	243,900 000 000
Belgien	30,250 000 000	30,250 000 000	30,250 000 000
Italien	27,950 000 000	27,950 000 000	27,950 000 000
England	27,950 000 000	27,950 000 000	27,950 000 000
Amerika	27,950 000 000	27,950 000 000	27,950 000 000
Frankreich	27,950 000 000	27,950 000 000	27,950 000 000
Schweden	27,950 000 000	27,950 000 000	27,950 000 000
D. Österreich	27,950 000 000	27,950 000 000	27,950 000 000

Alle Kurse 2 Prozent angesetzt.

[illegible]

